

PRESSEINFORMATION

21.02.2024

Umfrage zur Zwischenlagerung: Bürger*innen befürworten staatliche Verantwortung

UNTERWESER – Was wissen und denken die Menschen im Umkreis der Zwischenlager radioaktiver Abfälle über ihre besonderen Nachbarn? Dazu hatte die BGZ eine Umfrage durchführen lassen, deren Ergebnisse sie nun veröffentlicht.

Um ein Bild über das Wissen und die Einstellung der Bürger*innen an den Standorten zu bekommen, hat das unabhängige Institut approxima Gesellschaft für Markt- und Sozialforschung Weimar im Auftrag der BGZ insgesamt 3.500 Bürger*innen in einem Radius von 25 Kilometern um die insgesamt 16 BGZ-Zwischenlagerstandorte online und per Telefoninterview befragt und die erhobenen Daten analysiert sowie ausgewertet.

Danach halten es rund 70 Prozent der deutschlandweit insgesamt 3.500 Befragten für richtig, dass der Staat die Verantwortung für die Entsorgung radioaktiver Abfälle in Deutschland übernommen hat. Sehr ähnlich zeigt sich das Bild in Unterweser: Knapp 77 Prozent der 200 Befragten rund um das Zwischenlager befürworten die staatliche Verantwortung. Das hat eine repräsentative Umfrage ergeben, die Mitarbeiter*innen einer unabhängigen Gesellschaft für Sozialforschung im Auftrag der BGZ an ihren Zwischenlagerstandorten durchgeführt haben.

„Die Umfrageergebnisse liefern uns wichtige Erkenntnisse über den Informationsstand und das Stimmungsbild der Bürger*innen an unseren Standorten“, sagt die Vorsitzende der BGZ-Geschäftsführung, Bettina Hesse, die seit Juni 2023 im Amt ist. „Die Ergebnisse der Umfrage werden wir in unsere Arbeit aufnehmen, Handlungsbedarf identifizieren und Maßnahmen insbesondere in Bezug auf die verlängerte Zwischenlagerung ableiten.“ Daher werde die BGZ in den kommenden Jahren auch weitere Umfragen durchführen lassen. „Uns als Unternehmen ist es extrem wichtig, dass sich ganz besonders unsere Nachbarn gut darüber

informiert fühlen, was die BGZ in ihren Zwischenlagern tut.“ Nur dies schaffe echtes Vertrauen, so Hesse weiter.

Parallel dazu wird die BGZ in diesem Jahr ein Konzept zur Beteiligung der Bürger*innen neu aufsetzen. Dafür bieten die Ergebnisse dieser Umfrage bereits eine gute erste Orientierung. Die Umfrage zeichnet ein differenziertes Bild zur Einstellung und zum Informationsgrad der Menschen: So kennen 46 Prozent der Befragten aus der Region das Brennelemente-Zwischenlager Unterweser (51 Prozent kennen das Abfall-Zwischenlager), knapp 44 Prozent halten es für notwendig, während 34 Prozent in dieser Frage unentschlossen sind. Zum Vergleich: Betrachtet man die Ergebnisse aller Standorte, kennen zwei Drittel der Befragten die Zwischenlager in ihrer Region, rund die Hälfte hält sie für notwendig und rund ein Drittel ist in dieser Frage unentschlossen.

Auch die Risikowahrnehmung ist sehr unterschiedlich ausgeprägt: 30 Prozent der Befragten halten das Zwischenlager Unterweser für ein „ziemlich hohes Risiko“, knapp 48 Prozent sehen in der Aufbewahrung der radioaktiven Abfälle am Standort ein „geringes Risiko“. Das entspricht dem bundesweiten Ergebnis: Rund ein Drittel der 3.500 Befragten erkennt im Zwischenlager ein „ziemlich hohes Risiko“ und knapp die Hälfte hält die Aufbewahrung der radioaktiven Abfälle für ein „geringes Risiko“. Eine Akzeptanz gegenüber der Zwischenlagerung in der Region lässt sich bei den Befragten erkennen, die damit nur ein geringes Risiko verbinden und gleichzeitig angeben, gut über die Aufbewahrung der radioaktiven Abfälle informiert zu sein.

Mehr Informationen über die Zwischenlagerung wünschen sich 45 Prozent der Befragten in Unterweser, deutschlandweit sind es 50 Prozent. Dabei kommt den klassischen Medien eine große Bedeutung zu: 88,9 Prozent der Interviewten in der Region möchten per Zeitung, Radio oder Fernsehen über Themen der Zwischenlagerung informiert werden, bundesweit sind es 88,5 Prozent. Die komplette Umfrage mit den detaillierten Ergebnissen finden Sie online unter <https://bgz.de/umfrage-zwischenlagerung/>